

Beschluss des SPD-Parteivorstandes am 27.01.2025

Konsequent für die Sicherheit in Deutschland

Die grausame Gewalttat in Aschaffenburg hat uns zutiefst erschüttert. Wir trauern um die Opfer und sind in Gedanken bei den Angehörigen. Besonders entsetzt sind wir über den Tod eines zweijährigen Kindes. Ein weiteres Kind wurde schwer verletzt.

Der Täter muss für diesen feigen Mord die volle Härte des Rechtsstaates spüren.

Darüber hinaus muss in aller Dringlichkeit aufgearbeitet werden, was in den zuständigen Behörden falsch lief. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Bestehende Rechtslage muss Anwendung finden. Sollten sich im Zuge der Aufklärung Gesetzeslücken auftun, werden wir diese schließen. Wir werden alles dafür tun, dass unsere Sicherheitsbehörden solche Taten in Zukunft verhindern. Wir stehen für Humanität und Ordnung. Das Grundrecht auf Asyl steht für uns nicht zur Disposition.

Um unsere **gesellschaftlich wie auch ökonomisch wichtige Weltoffenheit** zu erhalten und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken, hat die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz in den letzten Jahren bereits viele weitreichende Maßnahmen ergriffen, um die Migrationspolitik zu ordnen und insbesondere die irreguläre Migration zu begrenzen.

- **Einführung temporärer Binnengrenzkontrollen:** Diese dienen der Begrenzung irregulärer Migration und der wirksamen Bekämpfung der Schleusungskriminalität.
- **Beschleunigung der Asylverfahren:** Die Verfahren wurden erheblich gestrafft.
- **Erleichterte Abschiebungen:** Erweiterte Zugangsrechte für die Polizei und eine Verlängerung der Höchstdauer des Ausreisegewahrsams.
- **Abschluss von Migrationsabkommen** mit wesentlichen Herkunftsländern über die Rücknahme abgelehnter Asylsuchender, die reguläre Zuwanderung als Fach- und Arbeitskraft sowie den Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Im Jahr 2024 gab es durch all diese Maßnahmen rund 100.000 Asylgesuche weniger als im Vorjahr, das bedeutet einen Rückgang von rund 30 Prozent. Im gleichen Zeitraum verzeichnen wir einen Anstieg der Abschiebungen um 22 Prozent. Mehr als 40.000 Zurückweisungen an den Grenzen sind durch unsere Grenzkontrollen bereits erfolgt.

Weitere Schritte werden wir konsequent gehen.

Seit Wochen liegen weitere umfangreiche Gesetzesentwürfe für mehr Sicherheit und Steuerung der Migration auf dem Tisch und werden von der Union blockiert oder als nicht dringlich erachtet. Die SPD will diese Maßnahmen weiterhin noch vor der Bundestagswahl verabschieden und bietet allen demokratischen Fraktionen über folgende Vorhaben und Maßnahmen für mehr Sicherheit in unserem Land einen gemeinsamen Weg an:

Blockade der Maßnahmen für mehr Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auflösen – Mit dem Sicherheitspaket (Gesetz zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung) wollen wir zusätzliche Befugnisse und neue Ermittlungsinstrumente für unsere Sicherheitsbehörden (BKA und Bundespolizei) und Ermittlungsbehörden regeln. Dazu gehört die Befugnis, einen nachträglichen biometrischen Abgleich mit öffentlich zugänglichen Internetdaten mittels automatisierter Verfahren vorzunehmen, ebenso wie die Befugnis für eine automatisierte Datenanalyse, womit die Behörden bereits im polizeilichen Informationssystem oder Informationsverbund vorhandene Informationen besser, schneller und effizienter auswerten können.

Umsetzung der europäischen Asylreform schnell auf den Weg bringen. Nach jahrelangem Stillstand ist es der Bundesregierung unter der Führung von Olaf Scholz gelungen, die EU-Migrationspolitik zu reformieren: Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist der Schlüssel, um Migration zu steuern und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu garantieren und die irreguläre Migration zu begrenzen. Künftig soll über einen wesentlichen Teil der Anträge bereits an den EU-Außengrenzen entschieden werden. Gleichzeitig wurde ein verbindlicher Mechanismus der Solidarität vereinbart, der zu einer gemeinsamen Übernahme der Verantwortung innerhalb der EU führen soll. Die bisherigen Dublin-Regeln werden überwunden, um die Verfahren zu beschleunigen und irreguläre Sekundärmigration zu reduzieren – also das unkontrollierte Weiterziehen in andere EU-Mitgliedstaaten, häufig mit dem Ziel Deutschland. Die Reform sorgt für bessere Verfahren, damit Personen auch wirklich in die zuständigen EU-Staaten zurück überstellt werden. Dafür verlängert sich zum Beispiel die Frist für eine Überstellung, wenn der Antragsstellende untertaucht. Außerdem müssen in Zukunft die anderen Mitgliedsstaaten in vielen Fällen nicht mehr zustimmen, sondern lediglich informiert werden.

Modernisierung des Bundespolizeigesetzes abschließen. Ein großes Reformpaket für die Bundespolizei liegt im Bundestag bereit zur Abstimmung. Damit wird die Bundespolizei auf den aktuellen Stand der Technik gebracht, um eine angemessene Ermittlungsarbeit zu ermöglichen.

Darüber hinaus wollen wir, dass die Gefährlichkeit von Menschen, die **aufgrund psychischer Erkrankungen eine Gefahr für sich wie für andere darstellen**, von den Behörden besser erkannt und erfasst werden kann. Dafür bedarf es der integrierten Unterstützung der Vollzugsbehörden durch psychosozial spezialisierte Fachkräfte und eine **bessere Kommunikation der Behörden** untereinander sowie eine immer gewährleistete Erreichbarkeit – **rund um die Uhr und an allen Tagen**.

Die von uns **eingeführten Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen wollen wir so lange fortführen**, wie es die Sicherheitslage erfordert. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die Asylzahlen deutlich zu senken und irreguläre Zuwanderung zu verhindern.

Mit diesen Vorschlägen gehen wir einen konsequenten und verantwortungsvollen Weg. Verantwortungsbewusstsein fordern wir vor allem von denjenigen, die jetzt meinen, nach dieser schrecklichen Tat mit markigen und unseriösen schnellen Antworten reagieren zu müssen. Was der CDU-Chef Friedrich Merz vorschlägt, bricht mit unserem Grundgesetz, den europäischen Verträgen und internationalem Recht. Auch Länder und Kommunen sind in der Verantwortung, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alles Nötige zu tun.

Gemeinsame Verantwortung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Was uns wichtig ist: Die verständliche Wut über unvorstellbare Gewalttaten darf nicht zu Enthemmung und Radikalisierung führen. Schon heute spüren Menschen mit Migrationsgeschichte ein verändertes Klima auf den Straßen und in ihrem Alltag. Menschen, die seit wenigen Monaten oder seit 30 Jahren hier leben, werden wieder anders angeschaut, teilweise sogar angegriffen oder bedroht, weil sie anders aussehen. Das ist nicht die Zukunft, die wir uns für unser Land wünschen. Gerade diejenigen, die politische Verantwortung tragen, müssen sich fragen, ob sie mit Äußerungen oder dem eigenen Handeln dazu beitragen, die Gesellschaft in Deutschland zu spalten.

Unsere Vorschläge diskutieren wir gerne – erneut – mit allen demokratischen Fraktionen. Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD gibt es mit der SPD nicht. Aktuelle Äußerungen des Kanzlerkandidaten der CDU, Friedrich Merz, im Hinblick auf eine solche Zusammenarbeit besorgen und verunsichern die Bürgerinnen und Bürger. Mit einem solchen in Kauf genommenen Tabubruch stellt Herr Merz den demokratischen Konsens in Frage, der seit Verabschiedung des Grundgesetzes vor 75 Jahren gilt. Den Versuch, unsere Zustimmung zu seinen verfassungswidrigen Forderungen zu erzwingen, weisen wir klar zurück und fordern Friedrich Merz dazu auf, auf den Pfad der Kompromissfindung unter Demokraten zurückzukehren.